

Kemfert, Claudia

Article

Gegen die hohen Energiepreise hilft nur Unabhängigkeit vom Öl: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia (2008) : Gegen die hohen Energiepreise hilft nur Unabhängigkeit vom Öl: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 20, pp. 276-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151607>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Gegen die hohen Energiepreise hilft nur Unabhängigkeit vom Öl

von Claudia Kemfert*

Die Energiepreise steigen unaufhörlich. Bei Bürgern wie bei Politikern sorgt dies für Unruhe. Politisch beliebt ist in Zeiten hoher Energiepreise immer der Ruf nach Steuersenkungen: Abschaffung der Ökosteuer, Senkung der Mehrwertsteuer für Energie, Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale, Einführung von Sozialtarifen für arme Haushalte usw. Doch all diese Vorschläge können das grundlegende Problem einer starken, zu starken Nachfrage nach weltweit begehrten Energieträgern nicht lösen, allenfalls verschieben.

Bei einer Senkung oder Abschaffung der Ökosteuer fehlt das Steueraufkommen, welches zur Reduktion der Rentenbeiträge benötigt wird – würde die Ökosteuer gesenkt, müssten die Rentenbeiträge erhöht werden. Die Beitragszahler würden damit letztlich stärker belastet als entlastet.

Eine Mehrwertsteuersenkung klingt attraktiv – zur Entlastung der Autofahrer würde sie vermutlich aber nicht führen: Entgegen verbreiteter Annahmen sind in Deutschland die Gewinnmargen der Mineralölkonzerne im Gegensatz zum europäischen Ausland vergleichsweise gering. Es liegt nahe, dass diese Margen im Falle einer Steuersenkung erhöht würden, der Benzinpreis somit kaum gesenkt werden würde. Der Verbraucher wäre kaum entlastet, das Geld würde vom Staatshaushalt in die Taschen der Konzerne fließen.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Wir benötigen dringender denn je alternative Kraftstoffe und die Sicherstellung einer nachhaltigen Mobilität. Zur Erforschung alternativer Kraftstoffe benötigt man Zeit – und Geld. Dieses Geld kann nicht allein aus dem Staatshaushalt kommen, auch die Wirtschaft müsste ihren Beitrag leisten.

Eine Idee wäre, dass die Mineralölkonzerne einen bestimmten Beitrag ihres Gewinns in die Erforschung alternativer Antriebsstoffe stecken müssten – beispielsweise über eine Sondersteuer, wie sie in den USA immer wieder gefordert wird. Die Kraftstoffe der Zukunft müssen CO₂-frei, sicher, aber auch bezahlbar sein. Das heißt aber auch, dass Kohleverflüssigung oder -vergasung keine Alternative darstellt, denn dadurch werden zu viele Treibhausgase freigesetzt. Biokraftstoffe der ersten Generation können sicherlich einen Beitrag leisten, wenn auch nur zu einem kleinen Teil. Sie sollten zumindest nachhaltig produziert werden und nicht in direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten.

Zur Richtigstellung: Die derzeit sehr hohen Lebensmittelpreise sind nicht die direkte Folge der Förderung von Biosprit, sondern auf eine weltweit stark steigende Nachfrage, falsche Agrarpolitik und Spekulationen an den Börsen zurückzuführen. Die Automobilhersteller sollten sich darauf einstellen, zukünftig ausschließlich „flexible-fuel-Fahrzeuge“ anzubieten. In Schweden beispielsweise funktioniert dies ganz vorzüglich. Das Land hat sich entschlossen, in 20 Jahren völlig unabhängig vom Öl zu werden und setzt auf Biotreibstoffe der zweiten Generation, bei denen Energie aus der ganzen Pflanze gewonnen wird – die Wirtschaft unterstützt diesen Plan. Daran könnte sich Deutschland ein Beispiel nehmen.

*Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.